

## Alte Baupläne sorgen für neuen „Unbill im Dorf“

*Freie Wähler setzen sich für Wohnraum im Nordosten Dossenheims ein – Widerspruch zu geplantes Vorgehen mit „Augustenbühl“*

Dossenheim. (dw) „Der Antrag kommt zur Unzeit.“ Dieser Satz wurde in öffentlicher Hybridsitzung des Gemeinderats wohl am häufigsten geäußert. Die Freien Wähler (FW) hatten die zeitnahe Umsetzung eines Teilbeschlusses vom November 2019 beantragt. Mit ihm war die Verwaltung beauftragt worden, die Bebaubarkeit auf den „größtenteils gemeindeeigenen Flächen“ entlang des nördlichen „Gassenweg“ und „Am Rebgarten“ – also im Nordosten Dossenheims – zu prüfen und ein „schlüssiges Konzept zur Wohnbebauung“ zu entwickeln. Der Antrag war als Informationsvorlage eingebracht worden. Ein Beschluss war nicht zu fassen.

Die Freien Wähler ernteten mit ihrem Ansinnen trotz eindeutiger Beschlusslage Gegenwind. 2019 war unter dem gleichen Tagesordnungspunkt nämlich zugleich das Ruhen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans beschlossen worden. Im Oktober 2020 ging es dann konkret um die Suche nach Alternativen zur derzeit einzigen Baulandreserve. Mehrere Gewanne umfassend wird diese, abgekürzt, „Augustenbühl“ genannt. Die angesprochene Fläche ist deren westlicher Rand.

Die Freien Wähler konnten aufgrund der Teilbeschlüsse keinen Widerspruch erkennen, so Sebastian Worrying, der den Antrag vorgestellt hatte. Die anderen Gemeinderäte eigentlich auch nicht. Der Antrag stand aber im Widerspruch zum im Haupt- und Finanzausschuss verabredeten allgemeinen Vorgehen, so Bürgermeister Faulhaber. „Das Vorgehen ist, dachte ich, klar und bekannt.“ Es sehe eine externe Bewertung der Flächen, eine Bürgerbeteiligung und abschließende Bewertung und Beschlussfassung durch den Gemeinderat vor, fasste er die Schritte zusammen. Im Mai finde eine Strategiesitzung mit externer Begleitung statt. Die anderen Gemeinderäte sahen das ebenso.

Wohlgermerkt nicht der Inhalt des Antrags, an dieser Stelle „erschwinglichen Wohnraum“ kommunal zu schaffen, störte. Es störte der Zeitpunkt. Man mag sich daran erinnern, dass der mehrteilige Beschluss 2019 auf einen gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen zurückgeht und mit deren Mehrheit gefasst worden war. „Das ist nichts, was auf unserem Mist gewachsen ist“, sagte daher Jule Gramlich (FW).

In der Sache lagen die Freien Wähler damit gar nicht falsch. Nur, sie berührten damit zu einem der wohl denkbar ungünstigsten Zeitpunkte überhaupt ein äußerst sensibles Thema. Bleibt die Frage, warum sie den Unmut riskierten, wo in wenigen Wochen ohnehin die Diskussion weitergeführt werden wird.

Friedeger Stierle (Grüne) sprach von der „Unbill im Dorf“, die sie damit säten. Dagegen verwahrte sich Cornelia Wesch (FW). Die Freien Wähler waren überdies ihrerseits überrascht. „Es geht nicht um die Umlegung des Augustenbühls“, betonte Gramlich nochmals. Ihre Fraktionskollegin Elisabeth Schröder hatte zuvor von der lediglich „straßennahen“ Bebauung gesprochen und erwähnte weiter die im Gemeinderat einhellig geteilte Meinung und Absicht, „bezahlen Wohnraum“ bereitstellen zu wollen.